

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

Ein Mandat für Präsident George W. Bush

*„I earned capital in the campaign
and now I intend to spend it.“*

Dr. Norbert Wagner, z.Zt. Washington

Caroline Kanter, KAS Washington

Marielle Eckes, KAS Washington

Niklas Potrafke, z.Zt. Washington

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

☎ 1-202-986-9460
📄 1-202-986-9458
📧 info@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Nachdem sich bis zum Wahltag am 2. November die beiden Kandidaten um das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush und Senator John Kerry, ein Kopf an Kopf Rennen lieferten, können die Republikaner und Bush-Anhänger nun aufatmen und sich über ein klares Mandat für Präsident Bush und eine komfortable Mehrheit der Republikaner im US-Abgeordnetenhaus und im US-Senat freuen.

1. Ergebnisse der Präsidentschaftswahl

Mit 286 Wahlmännerstimmen (16 Stimmen mehr als im Jahr 2000) und 51% der Wählerstimmen ist Präsident Bush für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden.



Wie bereits vor vier Jahren, so versprach auch in diesem Jahr die Wahlnacht sehr spannend zu werden. Alle Aufmerksamkeit richtete sich auf das Abschneiden der Kandidaten in den drei größten „Battleground States“ Florida, Ohio und Pennsylvania. Es zeichnete sich bereits am frühen Abend ab, daß Präsident Bush den Bundesstaat Florida mit 27 Wahlmännerstimmen (52%) für sich vereinnahmen konnte. Doch nach dem Sieg Kerrys in Pennsylvania mit 51% der Stimmen blieb das Rennen weiterhin offen. Alle Augen richteten sich nun auf Ohio, wo Präsident Bush

mit etwas über 136.000 Stimmen knapp vor Senator Kerry lag und die circa 170.000 „provisional ballots“ (Stimmen, die von nicht registrierten Wählern im Wahllokal abgegeben werden und auf ihre Gültigkeit überprüft werden müssen) den Ausschlag geben sollten. Am darauffolgenden Morgen mußten John Kerry und seine Berater erkennen, daß obwohl die „provisional ballots“ noch nicht ausgezählt waren, ein Wahlsieg für den demokratischen Kandidaten unerreichbar war.

Wahlbeteiligung und sozioökonomische Gruppen

Die Wahlbeteiligung erreichte bei diesen Präsidentschaftswahlen eine Rekordhöhe. Circa 120 Millionen Bürger (60%) beteiligten sich an dem diesjährigen Urnengang. Das ist ein Zuwachs von circa 9 Prozentpunkten im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2000.

Präsident Bush konnte erstaunlich gut bei weißen verheirateten Frauen abschneiden, Kerry punktete vor allem bei Alleinerziehenden und Singles. George W. Bushs Wahlkampf, der auf Terrorbekämpfung und nationale Sicherheit abzielte, ist insbesondere bei den „Security Moms“ auf fruchtbaren Boden gestoßen - Mütter, die sich von Bushs „Message“ angesprochen fühlten und der Sicherheit ihrer Familie oberste Priorität beimessen. Selbst im Bundesstaat Ohio, wo aufgrund des Strukturwandels hunderttausende Arbeitsplätze in den letzten vier Jahren verloren gingen, was sich eigentlich positiv für John Kerry hätte auswirken müssen, konnte Präsident Bush sich mit seinem auf Terrorbekämpfung und nationale Sicherheit ausgerichteten Wahlkampf bei den Wählern durchsetzen. Die Bush-Kampagne war in Ohio mit 85.000 Freiwilligen im Einsatz, um Wähler an die Urne zu bringen.

Senator Kerry und seine Helfer hatten in den „Battleground States“ viel Energie und Kosten in die Registrierung und Mobilisierung von jungen Wählern und Minderheiten (Afroamerikaner, Asiaten) investiert. Diese Strategie erzielte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Die Republikaner konnten sie hinsichtlich der Registrierung und Mobilisierung schlagen. Die Wählergruppe der 18-29-Jährigen stimmte zwar mit überwältigender Mehrheit für John Kerry (56%), sie machte jedoch lediglich 17% der Wählerschaft aus. Wesentlich deutlicher sieht man dies bei den Afroamerikanern, die mit 90% für John Kerry stimmten, jedoch lediglich einen Anteil von 11% der Wähler ausmachten.

% all voters KERRY BUSH

Sex

46	Men	47	52
54	Women	54	45

Race

11	Blacks	90	10
9	Hispanics	56	41
2	Asians	61	39
2	Other	56	38

Party and political Ideology

38	Democrat	90	9
26	Independent / Other	52	44
35	Republican	7	92
22	Liberal	86	12
45	Moderate	57	42
32	Conservative	17	82

Region

22	Northeast	58	41
25	Midwest	50	49
31	South	44	54
21	West	53	45

Age

17	18 – 29	56	42
28	30 – 44	48	49
30	45 – 59	51	47
24	60 and older	48	51

Income

8 %	Less than \$ 14.999	65	34
15	\$ 15.000 to \$ 29.999	60	38
22	\$ 30.000 to \$ 49.000	53	46

23	\$ 50.000 to \$ 74.999	46	53
14	\$ 75.000 to \$ 99.999	48	51
18	\$ 100.000 or more	43	55

Education

4	Less than high school	53	46
22	High School Graduate	50	48
31	Some College	48	51
26	College Graduate	49	50
17	Post-graduate study	57	41

Religious Affiliation

53	Protestant	43	56
27	Catholic	50	49
3	Jewish	78	22
7	Other	75	21
10	None	69	29
22	Evangelical	23	76

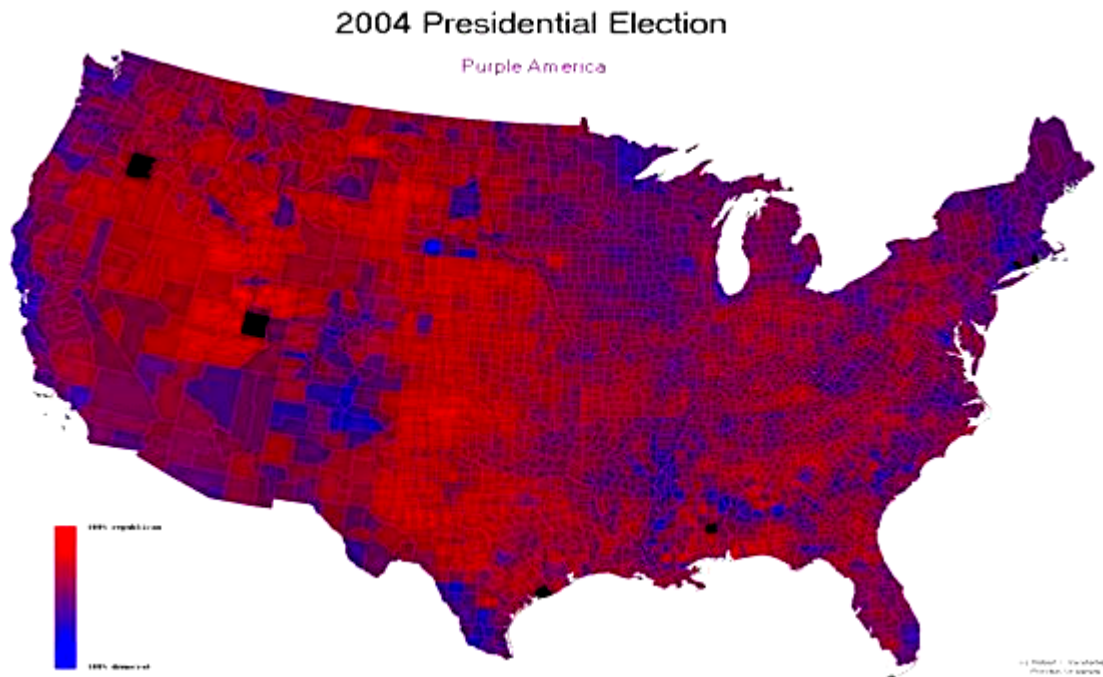
2000 presidential

17	Did not vote	57	41
39	Gore	91	8
41	Bush	10	90

Other factors

24	Union household	61	37
28	Married, children	42	56
41	Gun owner in household	39	59
11	First-time voter	55	43
4	Gay, lesbian or bisexual	78	21
18	Military veteran	43	55

Senator Kerry punktete mit seiner Agenda vor allem bei den Bürgern in den großen Städten. Seine Anhängerschaft konzentrierte sich auf die Metropolen an der Ost- und Westküste. Präsident Bush hingegen ist es gelungen, in ländlichen Gebieten seine Anhängerschaft zu mobilisieren. Das dominierende Rot in der unten aufgeführten Grafik darf allerdings nicht den Eindruck erwecken, als hätten die Republikaner durch einen erdrutschartigen Sieg die politische Landschaft in den Vereinigten Staaten nachhaltig verändert. Wie das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (Bush 51% und Kerry 48%), aber auch die Wahlen zum US-Abgeordnetenhaus und Senat zeigen, haben die Republikaner eine komfortable, aber doch keine überwältigende Mehrheit gewonnen. Dies bedeutet auch, daß die Republikaner, allen voran Präsident Bush, sich an diejenigen Amerikaner wenden müssen, die bei dieser Wahl nicht für ihn gestimmt haben. Ansonsten riskiert er, daß sich die Spaltung noch verhärtet und die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft weiter zunimmt.



„It's the values, stupid“

Experten hatten vor den Wahlen gerätselt, ob die wirtschaftliche Lage oder der Kampf gegen den Terrorismus das dominierende Thema für die Bürger bei der Wahlentscheidung sein würde. Somit war es um so überraschender, als in einer Umfrage unmittelbar nach der Wahl (exit poll) 22% der Wähler angaben, daß moralische Werte ihre Entscheidung bestimmt hätten und das wichtigste Thema für sie darstellte. Die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze nannten 20 % der Befragten als wahlentscheidendes Thema, 19% nannten den Kampf gegen den Terrorismus.

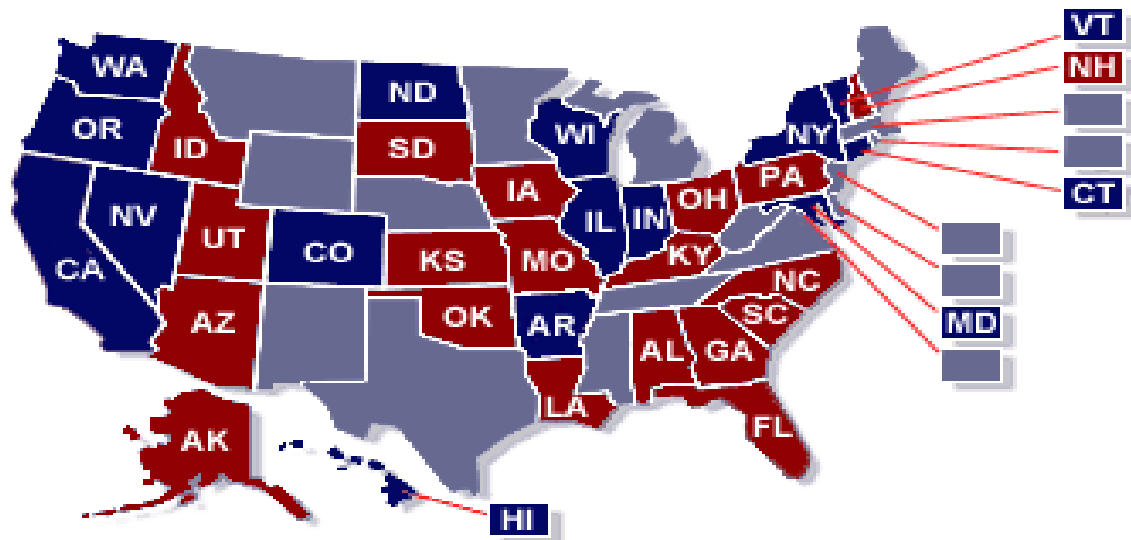
Die hohe Bedeutung von Werten und Moralfragen drückte sich auch in Referenden, die in elf Bundesstaaten am Wahltag durchgeführt wurden, aus. In allen elf Staaten wurde die rechtliche Gleichstellung der Homosexuellenehe mit der Ehe von Mann und Frau abgelehnt. Selbst im liberalen Oregon sprachen sich 57% der Wähler dagegen aus und im „Battleground State“ Ohio erteilten 62% der Wähler der Gleichstellung der homosexueller Lebensgemeinschaften eine Absage.

Präsident Bush hatte in seinem Wahlkampf seine ablehnende Haltung gegen Abtreibung und die Gleichstellung von homosexuellen Paaren bekräftigt und seinen Glauben sowie den Stellenwert der traditionellen Ehe in den Vordergrund gestellt. Damit stieß er bei der Mehrheit der US-Bevölkerung auf positive Resonanz.

Präsident Bush erfuhr massive Unterstützung von Wählern mit starken religiösen Bindungen (Evangelikale machten 22% der Wählerstimmen aus, davon gingen 76% der Stimmen an George W. Bush und 23% an John Kerry). Darüber hinaus stieg die Anzahl der Wähler, die wöchentlich mehr als einmal in die Kirche gehen (64% für Bush, 35 % für Kerry) um 2 Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren (von 14% auf 16%). Diese Zahlen zeigen, daß Dank der Bush-Kampagne vor allem die konservativ religiöse Wählerschaft überaus motiviert und mobilisiert war. Präsident Bush richtete seine Wahlkampfstrategie auf die eigene republikanische Basis aus und unternahm nicht den Versuch, eine große Anzahl von Wechselwählern für sich zu gewinnen.

US-Senat und Abgeordnetenhaus

Im US-Senat ist es den Republikanern gelungen, ihre Mehrheit von 51 auf 55 Sitze auszubauen, die Demokraten errangen 44 Sitze. Hinzu kommt ein parteiloser Senator. Das sind zwar vier zusätzliche Sitze, doch für die Verhinderung einer Verzögerungstaktik durch die Demokraten („Filibuster“) reicht es nicht, denn hierzu bedarf es 60 Stimmen.



Das spektakulärste Rennen um den Einzug in den Senat fand im Bundesstaat South Dakota statt, wo der Minority Leader im Senat, Tom Daschle, seinen Sitz an den Republikaner John Thune abgeben mußte. Das war das erste Mal seit 1952, daß ein Minority Leader im Senat seine Wiederwahl verlor.

Als neuer Minority Leader wird der Anwalt Harry Reid, der Nevada im Senat vertritt, genannt. Er hat bereits Interesse an dem wichtigsten Amt der Demokraten im Senat geäußert. Einige Demokraten halten ihn jedoch für zu zurückhaltend, um sich im politischen Alltag gegen die teilweise sehr forschen und dominierenden republikanischen Kollegen durchsetzen zu können. Neben Harry Reid ist auch Senator Chris Dodd (Connecticut) für das Amt des Minority Leaders im Gespräch.

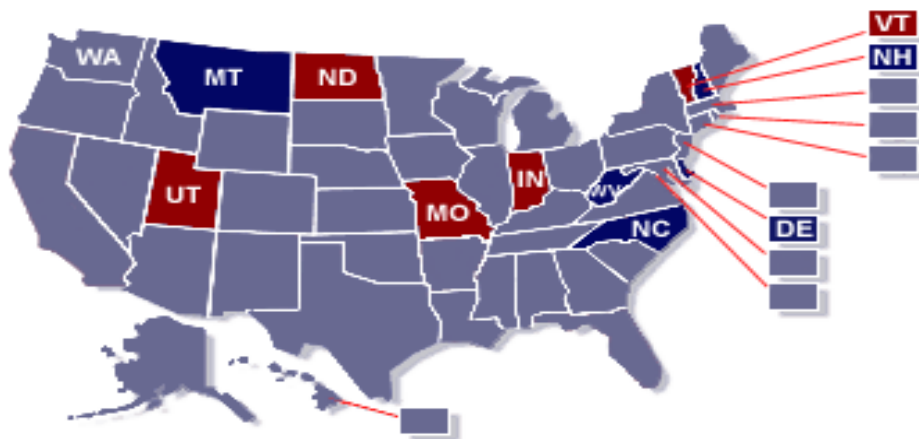
Auch bei der Wahl zum US-Abgeordnetenhaus gehen die Republikaner gestärkt aus dem Rennen. Vor allem in den Südstaaten konnten sie Zugewinne verzeichnen. Zukünftig werden die Republikaner mit 231 Abgeordneten im „House“ vertreten sein. Das ist ein Zugewinn von drei Stimmen. Die Demokraten kommen auf 200 Stimmen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind allerdings noch drei Ergebnisse offen: Im 27. Wahlkreis im Bundesstaat New York und in zwei Wahlkreisen in Louisiana ist aufgrund der knappen Ergebnisse bislang nicht entschieden, wer in den Kongreß einziehen wird.

Die Dominanz der Republikaner im Kongreß darf allerdings nicht als Freibrief für die Politik Präsident Bushs interpretiert werden. Er wird auch in den kommenden vier Jahren sowohl mit seinen republikanischen Kollegen als auch mit den demokratischen Kontrahenten verhandeln müssen, um seine Vorhaben durchsetzen zu können. Die Vertreter im

Kongreß zeichnen sich durch eine sehr starke Bindung zu ihren Wahlkreisen aus, was sich auch im Abstimmungsverhalten ausdrückt. Schon jetzt sind einige Kontroversen vorprogrammiert, wie z. B. bei der Steuerreform und beim weiteren Vorgehen im Irak.

Gouverneurswahlen

In elf US-Staaten wurde über das Amt des Gouverneurs abgestimmt. Beide Parteien gewannen jeweils fünf Gouverneurssitze (das Rennen im Bundesstaat Washington ist weiterhin offen). Das gibt den Republikanern eine Mehrheit gegenüber den Demokraten von 28 zu 21 Gouverneuren.



2. Außen- und Sicherheitspolitik in der zweiten Amtsperiode von Präsident George W. Bush

„I earned capital in the campaign and now I intend to spend it. And I am going to spend it for what I told the people I would spend it on.“ Die Anspielung Präsident Bushs in seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Wiederwahl läßt bereits Schlüsse auf seine Politik in seiner zweiten Amtszeit zu. Die beiden Sätze könnten zum Motto der zweiten Amtsperiode von Präsident Bush werden.

George W. Bushs Wahlkampf nach zu urteilen scheinen seine Person, seine Weltanschauung und sein Regierungsmodell von Kontinuität geprägt zu sein, was sich auch in der politischen Agenda widerspiegelt. Der US-Präsident sieht sich in seiner zweiten Amtszeit mit einer Reihe innen- und außenpolitischer Herausforderungen konfrontiert. Im folgenden soll zum einen darauf eingegangen werden, welchen Stellenwert die Außenpolitik in Bushs zweiter Amtszeit voraussichtlich einnehmen wird. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, ob Präsident Bush einen Kurswechsel anstrebt und eine moderatere Strategie in seiner Außenpolitik wählt, indem er die internationale Staatengemeinschaft stärker einbindet, oder ob er auch zukünftig „Coalition of the Willing“ d.h. ad-hoc Koalitionen eingehen wird. Im Anschluß daran werden die regionalen und inhaltlichen Schwerpunkte der außen- und sicherheitspolitischen Agenda dargestellt, um abschließend zu erörtern, welche Konsequenzen sich daraus für das transatlantische Verhältnis ergeben und vor welche Herausforderungen diese die Europäer stellt.

Stellenwert der Außen- und Sicherheitspolitik

Präsident Bush machte den Kampf gegen den Terror zum dominierenden Thema in seinem Wahlkampf. Er konnte mit diesem Schwerpunkt bei den Wählern punkten und Führungsstärke demonstrieren, was ihm letztendlich die Wiederwahl brachte. $\frac{3}{4}$ aller Wähler – unabhängig ob Bush- oder Kerryanhänger - äußern die Angst vor einem weiteren Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten. Die Tatsache, daß nach dem 11. September kein weiterer Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten verübt wurde, konnte Präsident Bush als Erfolg für sich verbuchen. Es erhöhte das Vertrauen der Wähler in ihn.

Bush versprach im Wahlkampf, seine Strategie fortzuführen und der Terrorbekämpfung auch zukünftig oberste Priorität beizumessen. Seinen Wahlsieg interpretiert Bush als klares Mandat, seine Politik als „Commander in Chief“ fortzuführen.

Allerdings sieht George W. Bush sich auch innenpolitisch mit einem Berg von Problemen konfrontiert: das Staatsdefizit, die Arbeitslosigkeit und die Reform der Sozialversicherungssysteme sind nur einige Bereiche, die dringenden Handlungsbedarf aufweisen. Präsident Bush steht unter dem Druck der Wähler, die von ihm schnelles Handeln erwarten. Kommt es nicht zur Stabilisierung im Irak und eines schnelleren Wirtschaftsaufschwunges, werden nicht nur die Wähler sondern auch die Mitglieder des US-Kongresses ungeduldig. Das gesamte Abgeordnetenhaus und Teile des Senates stehen im Jahr 2006 wieder zur Wahl. Die republikanischen Kongreßmitglieder wollen nicht für die Untätigkeit und Fehler des Präsidenten mit Mandatsverlusten bezahlen.

Die Herausforderung, eine Balance zwischen innen- und außenpolitischen Herausforderungen zu finden, hat das Weiße Haus erkannt. Präsident Bush hat bereits in seiner „Sieges-Rede“ den Versuch unternommen, ein ausgewogenes Programm vorzustellen.

Schwerpunkte der außenpolitischen Agenda

Präsident Bushs Herausforderer Senator John Kerry und das Gros der internationalen Staatengemeinschaft warfen dem Präsidenten vor, lang bewährte außenpolitische Grundsätze über Bord geworfen und die Bündnispolitik vernachlässigt zu haben. Wird Präsident Bush diese Kritik aufnehmen und in seiner zweiten Amtszeit einen ähnlichen Pfad wie Ronald Reagan einschlagen, wie es einige Experten voraussagen? Wenige Gründe sprechen allerdings für einen Strategiewechsel. Zum einen ist die internationale Ausgangslage eine andere als unter Präsident Reagan: Es mangelt Bush an einem vergleichbaren Gegenspieler wie **Michail Gorbatschow** es für Ronald Reagan war – einen Kontrahenten mit dem man Frieden schließen könnte. Darüber hinaus wertet Präsident Bush seine Wiederwahl als klares Votum und fühlt sich in seiner Politik bestätigt.

Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten ein Image-Problem in der Welt haben und was Präsident Bush zu unternehmen gedenke, um neue internationale Allianzen zu bilden, entgegnete er, daß er andere von der Weisheit seiner Vision überzeugen wolle, anstatt diese zu ändern.

Bush machte bereits in seiner Kampagne klar, daß er seinen Kurs beibehalten wolle. Darin fühlt er sich jetzt neu gestärkt und motiviert. Er charakterisiert sich selbst als „Kriegspräsidenten“ und sieht es als seine Mission an, die amerikanische Nation und die gesamte Welt gegen Terrorismus zu verteidigen. "If we are interested in protecting our country for the long-term, the best way to do so is to promote freedom and democracy ... I just strongly disagree with those who do not see the wisdom of trying to promote free societies around the world."

Kompromisse, wie Ronald Reagan sie damals eingegangen ist, sind deshalb voraussichtlich nicht zu erwarten. Vielmehr vermuten Experten aus dem demokratischen wie aus dem republikanischen Lager, daß die Bush-Administration auch zukünftig an der Strategie der „Koalition der Willigen“ festhalten und ad-hoc Allianzen eingehen wird.

“I don't detect any real effort either within the administration or the broader circles of the Republican Party to fundamentally change course,“ sagte der ehemalige Assistant Secretary of State und ehemalige amerikanische Botschafter Deutschlands, Richard Burt. Es ist nicht zu erwarten, daß die Bush-Regierung zukünftig den Vereinten Nationen und der internationalen Staatengemeinschaft eine dominierende oder gleichberechtigte Rolle bei der Entscheidungsfindung und Durchführung von Missionen, die auf der Agenda des Präsidenten ganz oben stehen, einräumen wird. Eine Abwendung vom Konzept der „Coalition of the Willing“ hin zur multilateralen Entscheidungsfindung wird es nicht geben. In Einzelfällen jedoch wird die Bush-Regierung sicherlich auf das Instrumentarium der internationalen Organisationen zurückgreifen, wie dies bereits in der Vergangenheit der Fall war und auch im Falle Nordkorea angestrebt wird.

Zudem behält Präsident Bush sich den Einsatz militärischer Mittel und das Recht auf Präventivschläge vor, um Diktatoren zu stürzen und terroristische Angriffe auf die USA abzuwehren (Bush-Doctrine). In diesem Punkt stimmte auch Senator Kerry mit dem Präsidenten überein. Das gleiche gilt für die ablehnende Haltung gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Kyoto-Protokoll, wo es aller Voraussicht nach auch keinen Kurswechsel geben wird. Allerdings ist der Präsident in seiner Außenpolitik auch durch die Polarisierung innerhalb seines eigenen Landes eingeschränkt. Die Spaltung der Gesellschaft und seine Wiederwahl durch („nur“) 51% der Wähler gebieten, daß er sich nicht nur an seiner eigenen Wählerschaft orientiert, sondern die gesamte Nation berücksichtigt. D. h., Präsident Bush muß bereits in den nächsten Wochen auf Probleme eingehen, welche die gesamte Bevölkerung betreffen und Kompromisse schließen.

Innen- wie außenpolitisch besitzt Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit nur wenig Handlungsspielraum, um neue Akzente zu setzen. Und gerade im außenpolitischen Bereich muß er sich Herausforderungen stellen und an den bekannten Krisenherden tätig werden. “The war of choice against Iraq has narrowed choices elsewhere for U.S. foreign policy“, sagt Richard Haas, ehemaliger Director of Policy Planning im State Department und jetziger Präsident des Council on Foreign Relations. Das Hauptaugenmerk wird auf dem Irak, Iran, Nahen Osten und der Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen liegen. Alle diese Punkte hängen mit dem obersten Punkt auf Bushs Agenda zusammen - dem Kampf gegen den Terrorismus.

Spekulationen um das zukünftige Kabinett

Bereits kurz nach der Wiederwahl Bushs begannen die Spekulationen über eine Kabinettsumbildung „innerhalb des Beltways“ zu zirkulieren. In der ersten Amtszeit von George W. Bush gab es im Vergleich zu anderen Präsidenten wenige personelle Wechsel im Kabinett. Bush konnte eine Gruppe langjähriger Vertrauter und Berater um sich scharen und sich damit einen stabilen Stab aufbauen. In der zweiten Legislaturperiode wird erwartet, daß es zu einigen Veränderungen kommen wird. Die ersten Rücktrittserklärungen wurden bereits von Justizminister Don Ashcroft und Handelsminister John Evans eingereicht. Die Tatsache, daß der Schwerpunkt der Präsidentschaftswahlen auf dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Krieg im Irak lag, läßt insbesondere die Spekulationen um die Besetzung der außen- und sicherheitspolitisch relevanten Posten steigen. Es wird angenommen, daß Präsident Bush verhindern will, daß eine Reihe von Kabinettsmitgliedern gleichzeitig die Regierung verlassen wird und daß er versuchen wird, die einzelnen Minister zu überzeugen nach und nach, in zeitlichem Abstand, Abschied von der Regierung zu nehmen. In der Zusammensetzung seines Kabinetts und der Personalwahl wird sich auch der politische Kurs des Präsidenten widerspiegeln. Insbesondere gilt dies für die Wahl des Außen- und Verteidigungsministers aber auch für den Posten des Nationalen Sicherheitsberaters und den Leiter der Heimatschutzbehörde. Werden in den nächsten vier Jahren Neokonservative an den Schaltstellen der Administration sitzen, oder wird durch die Wahl von Anhängern der Realpolitik ein moderaterer Kurs in den auswärtigen Beziehungen eingeschlagen?

Folgend ein Überblick über die möglichen Kabinettsveränderungen sowie diejenigen Personen, die in der „Washington Community“ als Spitzenkandidaten für das Amt des Verteidigungs- sowie des Außenministers, des Nationalen Sicherheitsberaters und des Leiters der Heimatschutzbehörde gehandelt werden:

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß es neben Ministerien, die innenpolitische Schwerpunkte haben, wie z. B. dem Justizministerium mit General John Ashcroft an der Spitze, auch im Außenministerium und bei der Heimatschutzbehörde zu personellen Wechslen kommen wird. In Washington rechnet man damit, daß Colin Powell und sein Stellvertreter und guter Freund Richard Armitage aus der Administration ausscheiden werden. Besonders die Wahl eines neuen Außenministers wird von allen Seiten mit großer Spannung erwartet. Bushs erste Amtszeit war durch unterschiedliche strategische Einschätzungen im Außen- und Verteidigungsministerium charakterisiert, was in den Differenzen zwischen dem eher moderaten Colin Powell und den „Hardlinern“ der Administration – dem Dreigestirn aus Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister

Donald Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz - zum Ausdruck kam. Unterschiedliche Einschätzungen in wichtigen außenpolitischen Fragen behinderten Entscheidungen und den politischen Kurs. Nicht nur in der Irakfrage, sondern auch im Umgang mit dem Iran sind Vertreter der Bush-Regierung seit geraumer Zeit geteilter Ansicht. Das führte dazu, daß die Verhandlungen letztendlich den Europäern überlassen wurden. Bei der Neubesetzung kann der Präsident neue Akzente setzen und durch die Wahl eines Realpolitikers ein Gegengewicht zum Verteidigungsminister setzen, oder durch die Benennung eines Neokonservativen die eigene harte Linie und jene von Vizepräsident Cheney verstärken.

Als ein aussichtsreicher Nachfolger von Powell wird der UN-Botschafter John C. Danforth gehandelt. Der 68-jährige Republikaner ist Pfarrer der episkopalen Kirche und Jurist. Als ehemaliger Senator aus Missouri wurde er von 1976 bis 1995 für seinen Bundesstaat dreimal in den US-Senat gewählt, wo er unter anderem dem Ausschuß für Wirtschaft, Wissenschaft und Transportwesen vorstand. Vor seiner Ernennung zum UN-Botschafter der USA war er unter anderem US-Sondergesandter im Sudan, wo er sich um Friedensgespräche zwischen der Regierung und den südsudanesischen Rebellengruppen bemühte. Danforth wird als integer, ehrlich und vertrauensvoll charakterisiert und nach Auffassung vieler Beobachter - Republikaner sowie Demokraten - würde er sowohl Stabilität als auch Glaubwürdigkeit in das Amt des Außenministers einbringen.

Die bisherige Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, die auch als eine möglich Kandidatin für das Amt des Außenministers gehandelt wird, hat verlauten lassen, daß sie lieber für die Leitung des Verteidigungsministeriums kandidiere. Donald Rumsfeld hat jedoch angekündigt, in der Hoffnung auf Fortschritte im Irak und seiner geplanten Militärreform, auch in der zweiten Legislaturperiode dem Präsidenten dienen zu wollen. Einige Experten nehmen an, daß er zumindest bis zum Jahr 2006 das Amt des Verteidigungsministers inne haben wird. Würde jedoch die Sicherheitsberaterin Rice die Leitung im Verteidigungsministerium übernehmen, so bliebe abzuwarten, ob sie ihre neokonservative Linie beibehalten, oder sich auf ihre „realistischen“ Positionen und „reale“ Weltanschauung, die sie als Professorin in Stanford vertrat, rückbesinnen wird.

Auch Senator John McCain liegt als Nachfolger Rumsfelds gut im Rennen, obwohl er das Amt bisher öffentlich abgelehnt hat. Vielmehr wird spekuliert, er könnte einen zweiten Anlauf für das Amt des Präsidenten im Jahr 2008 vorbereiten. In der Vergangenheit hat McCain die Bush-Regierung immer wieder scharf kritisiert, unter anderem wegen ihrer Steuerpolitik und wegen der unzureichenden Planung für die Irakinvasion. McCain war vor vier Jahren im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur

der Republikaner nach heftigen Auseinandersetzungen gegen Bush unterlegen.

Als möglicher Nachfolger für Condoleezza Rice im Sicherheitsrat wird der stellvertretende Sicherheitsberater Stephen J. Hadley gehandelt. Vor seiner Benennung zum Deputy National Security Advisor im Weißen Haus arbeitete Hadley für den Assistant Secretary of Defense Wolfowitz, als dieser im Verteidigungsministerium unter Dick Cheney tätig war.

Er hat jedoch Konkurrenz von Paul D. Wolfowitz selbst, dem stellvertretenden Verteidigungsminister und "Vordenker" der Militäroperation im Irak. Er gilt als neokonservativer Hardliner, der jedoch mehr als nur Machtpolitiker ist. Die "New York Times" bezeichnete Wolfowitz als einen "Optimisten", der die USA in der Lage sehe, "eine bessere Welt zu schaffen". Der 59-Jährige ist von der historischen Mission seines Landes überzeugt, die Demokratie in die Welt zu tragen - ein Sendungsbewußtsein, das er mit Präsident George W. Bush teilt.

Neben den erwarteten Veränderungen im Außen- und Verteidigungsministerium wird voraussichtlich auch Tom Ridge, Leiter der Heimatschutzbehörde in den nächsten Monaten seinen Posten räumen. Ihm wird nachgesagt, daß er Ambitionen habe, als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen für die Republikaner ins Rennen zu gehen. In der Diskussion um die Besetzung der Heimatschutzbehörde wird immer wieder der Name von Rudolph Giuliani genannt. Er hat sich durch seine große Unterstützung und seinen persönlichen Einsatz in Präsident Bushs Wahlkampf hervorgetan. Doch auch bei ihm wird vermutet, daß er seine politische Karriere weiterverfolgt und sich um das Amt des Präsidenten bei den nächsten Wahlen bewerben will.

Justizminister John Ashcroft, der besonders durch seine kontroversen Gesetze zur inneren Sicherheit und Einschränkungen der Privatsphäre heftig kritisiert wurde, hat bereits am 9. November seinen Rücktritt angekündigt. Sein Nachfolger ist Alberto Gonzalez, derzeitiger Justizberater im Weißen Haus und ehemaliger Richter im Obersten Gericht von Texas. Durch diese Wahl eines engen Vertrauten hat sich Präsident einen direkten Zugang zum Justizministerium geschaffen.

Regionale außenpolitische Schwerpunkte

Oberste Priorität von Präsident Bush ist es, die Nation auch zukünftig vor Terroranschlägen zu schützen. Um diesem Ziel näher zu kommen, gedenkt er seine Politik fortzuführen, die auf die Demokratisierung und damit langfristige Stabilisierung des Nahen und Mittleren Osten abzielt.

- **Irak**

Die Bush-Administration wird ihre Vorgehensweise im Irak in den nächsten Monaten an der Realität im Krisengebiet orientieren und gleichzeitig die Stimmung im eigenen Lande berücksichtigen müssen. Aufgrund der immer größer werdenden finanziellen Belastungen für die USA und der geringer werdenden Unterstützung durch die US-Bevölkerung muß die Administration gründlich über die nächsten Schritte nachdenken. Es wird der Bush-Regierung klar sein, daß sie im Irak in den nächsten Wochen Erfolge aufweisen muß, um innenpolitisch sowie bei der internationalen Staatengemeinschaft das Gesicht wahren zu können. Wie bereits im Wahlkampf angekündigt und in seiner Siegesrede bekräftigt, haben folgende Aspekte oberste Priorität für George W. Bush im Irak: Durchführung von Wahlen im Januar 2005, bei denen eine legitime und funktionsfähige Regierung gewählt werden soll, sowie das Training irakischer Sicherheitskräfte. Jedoch ist zu prüfen, ob aufgrund der zunehmenden Gewalt durch die Aufständischen und des Machtkampfes zwischen den einzelnen Gruppierungen (Shia, Sunni und Kurden) der Zeitplan für die Wahlen einzuhalten und sinnvoll ist.

Die Bush-Administration will die für Ende November anberaumte Konferenz in Sharm el Sheik mit Vertretern aus der Region dazu nutzen, um sich des Problems der aufständischen Rebellen aus den Nachbarstaaten anzunehmen und um den Iran stärker in den Dialog zu integrieren.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Bush-Regierung auf die internationale Staatengemeinschaft zugehen wird und um Unterstützung im Rahmen der NATO oder der Vereinten Nationen beim Wiederaufbau und bei der Stabilisierung des Irak bitten wird. Bislang hält Bush weiterhin an seinem Versprechen fest, US-Präsenz zu garantieren, solange es erforderlich und solange es von der irakischen Regierung erwünscht ist.

- **Afghanistan**

Die Fortführung des Kampfes gegen die Al Quaida und gegen die ansteigende Opiumproduktion in Afghanistan rangiert weiterhin oben auf der außenpolitischen Agenda von Präsident Bush. Aus Sicht der Administration konnten die USA in den vergangenen Monaten gute Erfolge in Afghanistan erzielen. Aufgrund der Tatsache, daß es nach dem 11. September 2001 keine weiteren Terroranschläge auf amerikanischem Boden gab, sieht Präsident Bush sich in seiner Vorgehensweise bestätigt. Nach dem Erscheinen des jüngsten Videobandes in dem Bin Laden drohte, die USA durch Militärausgaben finanziell in den Ruin zu führen, hat George W. Bush noch einmal betont, verstärkt Bin Laden und die Führungsspitze Al Quaidas zu verfolgen.

- **Iran**

Im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus ist für Präsident Bush ein wichtiger Aspekt, daß Massenvernichtungswaffen nicht in die Hände von Terroristen gelangen. Er hält an seiner Einschätzung fest, daß der Iran Nuklearwaffen entwickelt und möglicherweise chemische Vorräte (stockpiles) bereits besitzt. Somit spricht Präsident Bush sich für eine harte Haltung gegenüber dem Iran aus und macht sich für Wirtschaftssanktionen im Rahmen der Vereinten Nationen stark. Bush möchte, daß die Nachbarn des Iraks gute Beziehungen zu Bagdad haben, er warnt Teheran jedoch davor, sich in irakische Angelegenheiten einzumischen.

- **Naher Osten**

Präsident Bush erklärt den Friedensprozeß im Nahen Osten zu einem der wichtigsten Punkte auf seiner außenpolitischen Agenda und er verfolgt weiterhin das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung. George W. Bush hat Premierminister Ariel Sharon sein Vertrauen ausgesprochen und dessen Abzugsplan aus dem Gazastreifen seine Unterstützung zugesagt. Präsident Bush ist davon überzeugt, daß die Demokratisierung des Iraks und die Zerstörung der Terroristennetzwerke zum Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt führen werden. Er hat erneut betont, daß er sich in diesem Konflikt engagieren möchte, was nicht zuletzt auf seiner Vereinbarung mit Tony Blair beruht. Die aktuellen Entwicklungen im palästinensischen Lager um Jassir Arafat bieten der Bush-Regierung eine neue Chance für verstärktes Engagement im Friedensprozeß. Experten sagen, daß die Bush-Administration schnell handeln muß und keine Zeit verstreichen lassen darf. Es werden Rufe laut, daß Bush einen Sonderbeauftragten für die Region benennen soll. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, welchen Stellenwert der US-Präsident dem Konflikt beimißt.

- **Andere Regionen**

Der Umgang und die Intensität der Kooperation mit anderen Regionen wie Asien, Latein Amerika und Afrika wird voraussichtlich von der alles dominierenden Agenda im Kampf gegen den Terrorismus abhängen. Darüber hinaus sind gegenwärtig neben dem Engagement in der Handelspolitik keine neuen Initiativen absehbar. Die leeren Kassen im Staatshaushalt werden sich möglicherweise in der nächsten Legislaturperiode negativ auf bereits vorhandene Initiativen im Entwicklungsbereich auswirken (z. B. African Growth and Opportunity Act, HIV-Initiative, Millenium Challenge Account).

Je nachdem wie Präsident Bush seine außenpolitische Agenda durchführen wird, hat dies Implikationen auf die transatlantischen Beziehungen.

Die Wiederwahl Bushs und das transatlantische Verhältnis

Für Transatlantiker wird es auch zukünftig schwierig sein, für ihre Sache zu kämpfen. Beide Lager Republikaner und Demokraten, erwarten, daß sich möglicherweise die Wortwahl und die Sprache im Umgang mit den Europäern ändert, es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß Präsident Bush von seinen Positionen abrücken wird. Ein Vertreter der Bush-Regierung drückte dies folgendermaßen aus: "There is an understanding you need to work on repairing relationships but without compromising principles." Dies hat George W. Bush nach seiner Wiederwahl selbst noch einmal betont. Er fühlt sich durch das relativ klare Votum der Wähler im Kampf gegen den Terrorismus und im Umgang mit anderen Staaten bestätigt.

„One thing this president does, is what he says he’s going to do. He has made very clear what his worldview is, and I don’t think anyone should think he would put great priority on changing that worldview for the sake of the relationship with Europe or anything else.“ So schätzt Philip Gordon von der Brookings Institution Bushs Politik der nächsten vier Jahre ein. Ein markanter Kurswechsel ist im Rahmen der transatlantischen Beziehungen nicht absehbar, denn unabhängig davon, wer zukünftig das Amt des Außenministers inne haben wird, der Kurs wird auch in den nächsten Jahren von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney bestimmt werden.

Der Grundtenor und die Strategie „Koalition der Willigen“ werden trotz einiger Warnungen aus den republikanischen Reihen, wie z. B. von Senator Chuck Hagel, weiterhin die Maxime der Bush-Administration bleiben.

Herausforderungen an Europa

Die Europäer müssen nun akzeptieren, daß ihr Wunsch nach einem Wechsel im Weißen Haus nicht von der Mehrheit der amerikanischen Wähler geteilt wurde. Europas Staatsoberhäupter müssen diese Realität annehmen und sollten nicht der Gefahr unterliegen zu glauben, daß es sich grundsätzlich um kulturelle Unterschiede und gegensätzliche Weltanschauungen handelt, die Kompromisse ausschließen und sich deshalb fälschlicherweise von den USA abwenden. Vielmehr sollte sich die transatlantische Staatengemeinschaft auf die Bereiche konzentrieren, wo Kooperation möglich ist und pragmatisch und diplomatisch handeln.

Auch im Irakkonflikt, dem Hauptgrund des transatlantischen Zerwürfnisses, sollten sich beide Seiten aufeinander zubewegen und Möglichkeiten der langfristigen Kooperation suchen. Als einen ersten Schritt in die richtige Richtung wird in den Vereinigten Staaten das Hilfspaket der Europäer von 30 Millionen Euro für die Vorbereitungen der Wahlen im Januar angesehen. Colin Powell hofft auf der Konferenz in Sharm el Sheik am 22./23. November, die europäischen Staaten stärker in den Prozeß des Nation-Buildings einbinden zu können. Stärkeres europäisches Engagement wäre z. B. beim Training irakischer Sicherheitskräfte (auch außerhalb des Landes) denkbar. Außerdem könnte durch den Einsatz von Expertenteams, der Aufbau des Polizeiwesens und der Verwaltung im Irak gewährleistet werden.

Darüber hinaus ist eine intensivere Abstimmung in zwei Konflikten denkbar, die Europäer wie Amerikaner gleichermaßen betreffen und die mit dem Irakkonflikt eng verknüpft sind: die Verhandlungen über Massenvernichtungswaffen mit dem Iran sowie der Friedensprozeß im Nahen Osten. Die wesentlichen Unterschiede zwischen der europäischen und der amerikanischen Herangehensweise im Iran sind die Methode und der Zeitablauf. Während die Europäer auf eine Politik des konstruktiven Dialoges setzen mit dem Ziel, daß durch wirtschaftliche Kooperation der Iran auf die Anreicherung von Uran verzichtet, zählt die Bush-Administration den Iran zur "Axis of Evil" und strebt die Isolation an. Trotz gescheiterter Versuche in der Vergangenheit führen Deutschland, Frankreich und England ihre Bemühungen fort, alle Möglichkeiten des Dialoges auszuschöpfen bevor die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) den Fall am 25. November in der alles entscheidenden Sitzung beraten wird, um zu entscheiden, ob sich der UN-Sicherheitsrat damit befassen soll. Die Amerikaner hingegen drängen darauf, den langwierigen und in ihren Augen nicht zum Ziel führenden Verhandlungen ein Ende zu setzen. Sie sprechen sich offen dafür aus, daß der Sicherheitsrat direkt entscheidet. Möglicherweise kann es hier zu einer koordinierten Handlungsweise kommen, denn zumindest über das Ziel sind sich die Europäer und Amerikaner einig.

Das gleiche gilt für den Nahostkonflikt. Beide Seiten halten an einer Zweistaatenlösung fest, basierend auf der Road Map des Quartets (EU, Rußland, USA, UN). Allerdings gibt es hier unterschiedliche Auffassungen über den Rahmen und den Zeitablauf der Verhandlungen. Darüber hinaus existieren divergierende Einschätzungen über die Rolle und den Stellenwert Arafats. Dessen Ableben bietet die Chance, daß die Bush-Administration und die Europäer, ihre Unterschiede hinter sich lassen, die Gunst der Stunde nutzen und gemeinsam die Konfliktparteien auf dem Weg zum Frieden unterstützen.

Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt kooperieren europäische und amerikanische Geheimdienste im Kampf gegen den Terrorismus. Experten sagen, daß diese Zusammenarbeit zukünftig weitergeführt und intensiviert werden sollte.

Über die Zusammenarbeit im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus und der weltweiten Krisenherde hinaus gibt es Bereiche, die transatlantische Kooperation bedürfen, wie z. B. die Fortführung der internationalen Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Runde und die Reform der Nordatlantischen Allianz (NATO).

Europäische Staatsoberhäupter sollten den EU-Gipfel im Dezember 2004 dazu nutzen, um ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der amerikanischen Regierung zu bekräftigen.

Aufgrund der Tatsache, daß sich die USA zukünftig nur auf einige wenige Brennpunkte konzentrieren kann, ergibt sich für Europa die Möglichkeit, sich in anderen Bereichen stärker einzubringen und eine Führungsrolle zu übernehmen, wie z. B. in der Entwicklungszusammenarbeit und der Entschuldungsinitiative. Während die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren auf die sogenannte „Hard Power“ (Militärmacht) zurückgegriffen haben, zeichneten sich die Europäer durch eine Betonung der „soft power“ aus. Ihre Beteiligung im Kampf gegen Terror sollte sich auch weiterhin auf nicht-militärische, entwicklungspolitische Ansätze stützen.

Heimatschutz und Geheimdienste

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 hat Präsident Bush die Heimatschutzbehörde mit Tom Ridge an der Spitze geschaffen, um die Vereinigten Staaten und die US-Bevölkerung vor weiteren Terroranschlägen zu schützen. Nach dem Zusammenschluß einer Vielzahl von Behörden (u. a. der Einwanderungsbehörde, des Grenzschutzes) unter dem Dach des neuen Ministeriums war man in den vergangenen zwei Jahren darum bemüht, Programme zum Schutz des Heimatlandes, wie z. B. im Bereich Bioterrorismus, zu implementieren. Dieser Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen, und Präsident Bush hat angekündigt, in seiner zweiten Legislaturperiode die Sicherheit in Häfen und an den Grenzen, im Transportwesen und bei gefährdeten Einrichtungen durch eine offensive Strategie zu erhöhen. Dies beinhaltet u. a. seinen Vorschlag, \$ 3,6 Milliarden im Jahr 2005 für schnelle Eingreiftruppen (first responders) wie lokale Polizeibehörden und Feuerwehr zur Verfügung zu stellen und diese Gelder bereits in den verschiedenen Regionen und Städten der USA zu verteilen.

Im Bereich der Geheimdienste wird Präsident Bush sich in den kommenden Monaten mit dem Kongreß einigen müssen, welche Reformen angestrebt werden und ob die Position des National Intelligence Director geschaffen werden soll, der an der Spitze aller Geheimdienste stehen würde. Insider meinen, daß Porter Goss, Direktor der CIA, Interesse an dem Posten habe. Noch ist offen, wie George W. Bush die Stelle besetzen wird.

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Fragen bestimmten wirtschaftspolitische Themenfelder den Wahlkampf in den USA. Auch in diesem Bereich gingen die Konzepte von Demokraten und Republikanern deutlich auseinander. Dieser Umstand ist zu einem nicht geringen Teil auf die Struktur des Zwei-Parteien-Systems zurückzuführen. Während die Demokraten die Rolle und den Einfluß des Staates auf die Volkswirtschaft immer wieder betonten, setzten sich die Republikaner für mehr Liberalisierung, also weniger staatliche Eingriffe ein.

Auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt sich die Frage, ob Präsident Bush wirklich das umzusetzen gewillt ist, wofür er im Wahlkampf eingetreten ist. Nach allen bisherigen Äußerungen zu urteilen, sieht sich Präsident Bush auch auf diesem Politikfeld mit einem Mandat der Wähler beauftragt.

Renten- und Gesundheitspolitik

Wie viele westliche Industrienationen stehen auch die USA vor dem Problem, mit der demographischen Entwicklung zurecht kommen zu müssen. In Zukunft werden immer weniger junge Menschen immer mehr alte Menschen zu versorgen haben. Das stellt das Renten- und Gesundheitssystem vor große Herausforderungen. Die bis dato großzügig vorgenommene Umverteilung über die Sozialsysteme wird so nicht weiter erfolgen können. Aus politischer Sicht stellt sich nun die Frage, wieviel Umverteilung von Einkommen beibehalten werden kann und soll. Während die Demokraten an dem umlagefinanzierten Pay-as-you-go System bezüglich der Rente festhalten wollten, sprachen sich die Republikaner für mehr Kapitaldeckung aus. Dieser aus ökonomischer Sicht richtige Ansatz soll jedoch letztlich nicht völlig von den jetzt lebenden Generationen finanziert werden. Die aufgrund des (partiellen) Systemwechsels entstehenden Übergangskosten wurden insgesamt auf ein Intervall von ein bis zwei Billionen Dollar beziffert und werden zur Erhöhung des Haushaltsdefizites beitragen.

Nach der gewonnenen Wahl brachte Bush diesbezüglich hingegen den interessanten Punkt ein, daß er von seinen Anhängern im Wahlkampf finanzielle Unterstützung erhalten habe, die nun auch zur Finanzierung der Privatisierung des Rentensystems verwendet werden solle.

Da das Gesundheitssystem in den USA anders als in Deutschland aufgebaut ist, es keine gesetzliche und die Grundbedürfnisse abdeckende Krankenversicherung gibt, ergeben sich US-spezifische Probleme. Die Institutionen „Medicare“ und „Medicaid“ für Bedürftige und Personen über

65 liefern außerdem keine volle Absicherung. Somit kommt dem privaten Versicherungsmarkt eine große Bedeutung zu. Präsident Bush will rückzahlbare Steuervergünstigungen zur Finanzierung einer Krankenversicherung für Geringverdiener einführen. Eine wichtige Rolle spielt der Reimport rezeptpflichtiger Medikamente aus Kanada, den Bush ablehnt, Kerry hingegen durchgesetzt hätte.

Fiskalpolitik

Die Steuersenkungen der Regierung Bush in ihrer ersten Legislaturperiode waren ein viel diskutierter Punkt im Wahlkampf. Bush betonte immer wieder, daß diese Reduzierung der Steuerlast nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft sein solle. Die Demokraten sprachen sich offen für eine Steuererhöhung aus, um somit Bildungsmaßnahmen, die Ausgaben für das Gesundheitssystem und die Erforschung alternativer Energien zu finanzieren. Das paßt soweit gut ins Bild des klassischen Lagerdenkens, zumal Bush vorgeworfen worden ist, daß seine Besteuerungsmaßnahmen nur den „Reichen“ zu gute kommen und zu Lasten der „Armen“ gehen. Inwieweit das zutrifft und mit seinem eigentlichen Wählerklientel in Einklang zu bringen ist, sei an dieser Stelle dahin gestellt. Wichtiger ist jedoch, daß Bush für seine Politik zugunsten eines stärkeren Wachstums (gegenwärtig 3,5 %) – auf jeden Fall kurzfristig – den Preis eines steigenden Haushaltsdefizites zahlt. Gegenwärtig weist das Haushaltsdefizit einen Wert von 3,6 % vom BIP auf, womit sich die Republikaner zufrieden zeigen. Allerdings ist langfristig ein Abbau des Staatsdefizites gefragt und gefordert.

Unabhängig von der Unsicherheitskomponente Irak, die noch unerwartete Löcher in Bushs Haushalt reißen kann, wird laut dem National Journal für Bushs Vorhaben eine Erhöhung des Staatsdefizites in den nächsten zehn Jahren von 1,33 Billionen Dollar veranschlagt. Wenn somit langfristig steigende Zinsen antizipiert werden und die Investitionen zurückgehen, hemmt das mit Sicherheit das Wirtschaftswachstum. Das ist die Konsequenz, die Bush für seine sicherheits- und außenpolitischen Präferenzen zu tragen hat und die seinem sonst so liberalen wirtschaftspolitischen Kurs deutlich beeinträchtigen.

Geldpolitik

Auch in den kommenden vier Jahren sind Bushs wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten auf diese fiskalpolitischen und regulierenden Maßnahmen (Wettbewerbspolitik) beschränkt. Das Ziel, ein größeres Wirtschaftswachstum zu fördern, kann jedoch auch mit einer entsprechenden Geldpolitik erreicht werden. Diese fällt in den

Einflußbereich der neutralen Federal Reserve Bank, die den Leitzinssatz bestimmt. Gerade diesem Instrument kommt besondere Bedeutung zu. So hatten die Zinssenkungen der vergangenen Jahre eine doppelt so große Auswirkung auf die Konsumausgaben wie Bushs Steuersenkungen.

Dennoch wird der Regierung Bush auch in diesem Bereich nicht völlig passiv bleiben. Im Jahre 2006 läuft die Amtszeit von Alan Greenspan aus, und der Chefsessel der Federal Reserve Bank wird neu zu besetzen sein. Als mögliche Nachfolger gelten der Harvard-Ökonom Martin S. Feldstein und der Dekan der Columbia Business School, R. Glenn Hubbard, früherer Vorsitzender des Council für Wirtschaftsberater unter der Bush-Administration. Außerdem wird mit Spannung beobachtet, wie Bush und sein Beraterstab auf die anhaltende Schwäche des Dollarkurses und das Handelsbilanzdefizit reagieren werden. Auf der einen Seite sorgt ein schwacher Dollar für eine ansteigende Inflation im Inland, die gegenwärtig 2,4 % beträgt. Auf der anderen Seite wirkt sich ein schwacher Dollar auch negativ auf das Haushalts- bzw. Staatsdefizit aus, da das Vertrauen ausländischer Investoren in den Dollar geschwächt wird.

Die Reduzierung des sogenannten Twin-Defizits ohne einen allzu starken Einbruch des Dollars und daraus folgend eine Belastung des internationalen Wirtschaftssystems dürfte zu einem der wirtschaftspolitischen Hauptprobleme der zweiten Amtsperiode von Präsident Bush werden.

Internationale Handelsbeziehungen und Delokalisierung von Arbeitsplätzen

Ein Vorwurf, dem sich die Regierung Bush in ihrer ersten Amtszeit von Seiten der Opposition stellen mußte, war die Delokalisierung (Outsourcing) von heimischen Arbeitsplätzen. Die Demokraten setzen in den vergangenen Monaten vieles daran, den Wählern den Eindruck zu vermitteln, daß die freizügige Außenhandelspolitik der Republikaner ganz offensichtlich Arbeitsplätze in den USA vernichte und im Ergebnis somit der Wirtschaft und den Menschen schade. Richtig ist, daß auch bezüglich des Themenfeldes der internationalen Handelspolitik konträre Positionen der beiden politischen Lager aufeinander treffen. So befürwortet die Regierung Bush die Produktion arbeitsintensiver Güter in Ländern, in denen der Faktor Arbeit billiger ist als in den USA. Sie bemüht sich, einen freien Handel rund um den Globus ohne Handelsbarrieren zu gewährleisten. Eine wichtige Rolle als Handelspartner hat China in den letzten Jahren eingenommen und wird diese auch zukünftig in noch wachsendem Maße spielen. Dieses Verhältnis zu China wird von führenden Ökonomen begrüßt und befürwortet. Folglich wird von ihnen auch offen Unverständnis über die Haltung der Demokraten geäußert. Die mit der Globalisierung verbundene Delokalisierung von Arbeitsplätzen wird als

natürlicher Prozeß gewertet. Insofern war schon erstaunlich, mit welcher Akribie die Demokraten der Wählerschaft auf ihrer Homepage im Internet dieses Thema propagierten. Sicher sind im letzten Jahr ungefähr 300.000 Jobs delocalisiert worden und im Jahre 2015 werden es voraussichtlich drei Millionen sein. Dem stehen jedoch gegenwärtig 6,4 Millionen neu geschaffene, einheimische Arbeitsplätze gegenüber. Insgesamt sollte das Argument überzeugen, daß langfristig aufgrund von Kosteneinsparungen die US-amerikanische Wirtschaft floriert und somit auch im Inland Arbeitsplätze entstehen.

Eng mit dieser Diskussion verknüpft ist die Debatte um die Arbeitslosenquote, die gegenwärtig 5,5% beträgt. Während zunehmend mehr Langzeitarbeitslose für Beunruhigung sorgen, verbreiten die 337.000 neugeschaffenen Jobs im Oktober eine gute Stimmung, da damit der seit März größte Zuwachs registriert werden konnte. Das zurückgehende Produktivitätswachstum in den USA läßt für die Zukunft mehr Beschäftigung vor Ort erwarten.

Energiemarkt, Wettbewerbspolitik

Der Wahlkampf verdeutlichte die Unterschiede rechter und linker Wirtschaftspolitik und die dahinter stehenden ökonomischen Schulen sehr deutlich. Der alte und neue Präsident Bush nutzte auch dieses Politikfeld, um sich von seinen Kontrahenten abzugrenzen und Profil zu zeigen. Es gibt jedoch auch spezifische wirtschaftspolitische Themenfelder, in denen keine Unterschiede bezüglich der Parteizugehörigkeit, sondern vielmehr aufgrund regionaler, geographischer Differenzen vernommen werden können. Dieser Punkt ist nicht nur in den USA von Interesse und wohl bekannt. Sowohl Demokraten als auch Republikaner fühlen sich im Hinblick auf eine potentielle Wiederwahl den Interessen ihres Wahlkreises, beispielsweise heimischen Industrien, verpflichtet. So gibt es für Repräsentanten des Südens in wettbewerbspolitischen Fragen zur Regulierung des Ölmarktes keinen Dissens.

Die Betrachtung des Energiemarktes zeigt außerdem noch zwei weitere wichtige Punkte auf. Erstens konsumieren die Amerikaner im Vergleich zu anderen Industrienationen viel Energie und ein maßgeblicher Wandel des Lebensstils ist nicht zu erwarten – auch wenn Ökologie und Ökonomie immer mehr miteinander verzahnt werden sollen. Dies läßt den Rückschluß zu, daß auch die Demokraten mit ihren umweltpolitischen Vorschlägen nicht annähernd mit linken, ja gar Grünen Positionen in Europa konform gehen. Somit ist auch ihnen daran gelegen, Energie nicht weiter zu besteuern. Zweitens sind auch der Supermacht USA im Bereich der Energiepolitik Grenzen auferlegt. Denn ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt bleibt bestehen. Diese Abhängigkeit spielte auch im Wahlkampf eine Rolle.

Bezüglich der Nutzung von Ölreserven im Inland – insbesondere die Ölvorkommen in den Naturschutzgebieten Alaskas – zeichnet sich ein Konflikt mit den Naturschützern ab. Dennoch ist damit zu rechnen, daß der Kongreß grünes Licht für die Ausbeutung der Ölreserven in diesen Gebieten geben wird.

Weitere Informationen zu den Wahlen 2004 finden Sie auf folgenden Webseiten:

American Enterprise Institute www.aei.org

American Institute for Contemporary German Studies www.aicgs.org

The Boston Globe www.boston.com/news/globe/

The Brookings Institution www.brookings.edu

The Bush-Cheney 2004 Campaign www.georgewbush.com

Center for Strategic and International Studies www.csis.org

Council on Foreign Relations www.cfr.org

The Financial Times www.ft.com

The Heritage Foundation www.heritage.org

The Kerry-Edwards 2004 Campaign www.johnkerry.com

The National Journal www.nationaljournal.com

The New York Times www.nyt.com

The Pew Research Center for People and the Press www.people-press.org/

The Wall Street Journal www.wsj.com

The Washington Post www.washingtonpost.com